

KAL/Die Partei Gemeinderatsfraktion, Hebelstraße 13, 76133 Karlsruhe

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Frank Mentrup
76124 Karlsruhe



09.11.2021

DOPPELHAUSHALT**2022/2023**

Antrag zum Thema

Keine Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer um 20 Punkte

▶ Zuordnung im Haushaltsplan					
Seite im HH-Plan	Teilhaushalt				
▶ 124	▶ 2000				
Ergebnishaushalt: Produktbereich Produktgruppe Schlüsselposition					
▶ 61 / 6110-200					
Finanzhaushalt: Investive Maßnahme					
▶					
▶ Änderungen und neue Mittelanmeldungen					
Art	2022	2023	2024	2025	2026
☐ Stellenschaffung/-reduzierung					
☒ Erhöhung/Reduzierung Erträge, Aufwendungen, Ein- oder Auszahlungen					
Steuern					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
☐ Sperrvermerk					
☐ Verpflichtungsermächtigung					
▶ davon zahlungswirksam in					
Sonstige Änderungen					
☐ Konzeption, Ziele, Maßnahmen, Kennzahlen					

► Weitere Angaben

bei Leistungen an Zuschussempfänger



► Sachverhalt | Begründung

Die geplante Erhöhung der Gewerbesteuer trifft unsere ansässigen Unternehmen direkt und ist zu Haushaltskonsolidierung nicht zwingend notwendig.

Die Gewerbesteuer bezieht sich auf einen Anteil des Gewinns der lokalen Unternehmen und der Handwerksbetriebe. Eine Erhöhung des Hebesatzes erhöht dauerhaft diesen Anteil und somit deren Steuerbelastung. Auch ohne eine Erhöhung dieses Anteils wird in den kommenden Jahren die Gewerbesteuer wieder deutlich ansteigen, analog zur Gewinnsteigerung unserer lokalen Unternehmen. Inmitten der Coronapandemie ist es ein verheerendes Signal, dass Unternehmen die sich auf die Situation eingestellt und Ihre Mitarbeiter durch die Krise hindurch gehalten haben, nun zusätzlich zur Kasse gebeten werden.

Im Übrigen ist die Fraktion der Meinung, dass es der Stadt Karlsruhe gut geht.

Unterzeichnet von:

Lüppo Cramer

Michael Haug

AFD, Hebelstraße 13, 76133 Karlsruhe

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Frank Mentrup
76124 Karlsruhe



12.11.2021

DOPPELHAUSHALT

2022/2023

Antrag zum Thema

Gewerbesteuer

▶ Zuordnung im Haushaltsplan					
Seite im HH-Plan	Teilhaushalt				
▶ 125	▶ 2000				
Ergebnishaushalt: Produktbereich Produktgruppe Schlüsselposition					
▶ 61 6110-200					
Finanzhaushalt: Investive Maßnahme					
▶					
▶ Änderungen und neue Mittelanmeldungen					
Art	2022	2023	2024	2025	2026
☐ Stellenschaffung/-reduzierung					
☒ Erhöhung/Reduzierung Erträge, Aufwendungen, Ein- oder Auszahlungen					
Einnahmereduzierung	15000000	15000000			
☐ Sperrvermerk					
☐ Verpflichtungsermächtigung					
▶ davon zahlungswirksam in					
Sonstige Änderungen					
☐ Konzeption, Ziele, Maßnahmen, Kennzahlen					

► Weitere Angaben

bei Leistungen an Zuschussempfänger

**► Sachverhalt | Begründung**

Wir fordern den Verzicht auf die im 10-Punkte-Programm vorgesehene Erhöhung der Gewerbesteuer um 20 %-Punkte. Diese geplante Erhöhung bedeutet eine Mehrbelastung des Karlsruher Gewerbes um 14,2 Mio. Euro pro Jahr und birgt die Gefahr der Abwanderung weiterer Betriebe ins Umland und somit den Ausfall von Gewerbesteuerereinnahmen.

Unterzeichnet von:

Dr. Paul Schmidt, Oliver Schnell, Ellen Fenrich

Die Linke, Hebelstraße 13, 76133 Karlsruhe

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Frank Mentrup
76124 Karlsruhe

DIE LINKE.

11.11.2021

DOPPELHAUSHALT

2022/2023

Antrag zum Thema

Unternehmen an der Zukunft der Stadt beteiligen – Gewerbesteuerhebesätze erhöhen

► Zuordnung im Haushaltsplan					
Seite im HH-Plan	Teilhaushalt				
► 7	► Haushaltssatzung I Stadtkämmerei				
Ergebnishaushalt: Produktbereich Produktgruppe Schlüsselposition					
► 61 6110-200					
Finanzhaushalt: Investive Maßnahme					
►					
► Änderungen und neue Mittelanmeldungen					
Art	2022	2023	2024	2025	2026
☐ Stellenschaffung/-reduzierung					
☒ Erhöhung/Reduzierung Erträge, Aufwendungen, Ein- oder Auszahlungen					
Steuern	460	460	460	460	460
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
☐ Sperrvermerk					
☐ Verpflichtungsermächtigung					
► davon zahlungswirksam in					
Sonstige Änderungen					
☐ Konzeption, Ziele, Maßnahmen, Kennzahlen					
s. Hinweis - F1-Taste !					

Unternehmen an der Zukunft der Stadt beteiligen – Gewerbesteuerhebesätze erhöhen

► Weitere Angaben
bei Leistungen an Zuschussempfänger
► bitte Zuschussempfänger eintragen
► Sachverhalt Begründung

Der Gemeinderat möge beschließen:

1. Der Hebesatz für die Gewerbesteuer wird von 450 Punkten auf 460 Punkte angehoben.
2. Es wird sichergestellt, dass die Gewerbesteuerhebesätze regional koordiniert und festgelegt werden. Die Verwaltung wird beauftragt, die Harmonisierung der Gewerbesteuerhebesätze in der Region zu initiieren.

Begründung:

Die Stadt Karlsruhe steht vor enormen Herausforderungen in der Zukunft: sei es die Finanzierung von gebührenfreien Kitas, die Sicherstellung einer vielfältigen Kulturlandschaft, bezahlbare Mieten oder die Realisierung einer fundamentalen klimapolitischen Wende inkl. eines attraktiven ÖPNV. All dies sind wichtige Handlungsbereiche, um allen Menschen ein lebenswertes Karlsruhe zu ermöglichen. Immense Zahlungsverpflichtungen u.a. durch Kostenexplosionen der Großprojekte, wie bspw. U-Strab, Stadthalle und Stadion, stehen dem auf der anderen Seite entgegen.

Nicht nur die Karlsruher Bürger*innen insgesamt profitieren von Investitionen in den oben genannten Bereichen, sondern auch die Karlsruher Unternehmen – vom kleinen Einzelhändler bis zum großen IT-Konzern. Eine lebenswerte Stadt mit guter Infrastruktur, vielfältigen Kulturangeboten, bezahlbaren Mieten, gebührenfreien Kitas usw. ist ein wichtiger Standortfaktor für Unternehmen. Es ist richtig und notwendig, die Unternehmen stärker an den entsprechenden Investitionen und Ausgaben in die Zukunft zu beteiligen und in die Verantwortung zu ziehen. Daher halten wir als Fraktion DIE LINKE. eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes für unabdingbar.

Wir müssen aufgrund der strukturellen, aber auch der besonderen Finanzlage aufgrund von Corona, auch Finanzierungsmöglichkeiten ausloten, die auf den ersten Blick unattraktiv erscheinen. Der Haushaltsplan für 2022/23 prognostiziert ein zweistelliges Millionen-Minus im Gesamtergebnis, das auch in den nächsten Jahren nicht verschwinden wird, wenn wir nicht die Einnahmenseite des städtischen Haushalts stärken. Eine Kürzung von freiwilligen Leistungen in den Bereichen Soziales, Kultur oder Bildung kommt für uns als LINKE nicht in Betracht.

Die Verwaltung schlägt lediglich die Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes auf 450 Punkte vor. Wir als Fraktion DIE LINKE sehen die finanzielle Notwendigkeit einer Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes auf 460 Punkte – dies entspricht einer Erhöhung der Gewerbesteuer für die Unternehmen in Höhe von ca. 4,65%.

Dies halten wir auch verkraftbar für die Karlsruher Wirtschaft. Zum Beispiel: Ein Einzelhandelsunternehmen mit einem Gewerbeertrag von beispielsweise 35.500 € hat damit eine jährliche Mehrbelastung von ca. 250 € gegenüber dem alten Gewerbesteuerhebesatz zu tragen. Größere Unternehmen mit höheren Erträgen werden höher belastet. Personenunternehmen, bspw. kleine Handwerks-, Dienstleistungs- oder Handelsbetriebe werden aufgrund der steuerlichen Verrechnung mit der Einkommenssteuer von einer Erhöhung kaum getroffen; große, leistungsstarke Unternehmen können diese Mehrbelastung besser schultern.

Im Vergleich zur von der Verwaltung vorgeschlagenen Erhöhung der Gewerbesteuer, würde die Stadt durch unsere Forderung 7,2 Millionen € zusätzlich jährlich generieren (basierend auf den Gewerbesteuereinnahmen von 2019) und damit dringend benötigte Finanzmittel freimachen für die Erhaltung und den Ausbau sozialer, kultureller und infrastruktureller Vorhaben.

Unternehmen an der Zukunft der Stadt beteiligen – Gewerbesteuerhebesätze erhöhen

Bedenken, dass eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes Karlsruhe zu einem weniger attraktiven Wirtschaftsstandort machen würde, teilen wir als Fraktion DIE LINKE nicht. In einer aktuellen Studie zur IHK-Region Ulm zeigt sich, dass die Höhe der Gewerbesteuer kein vorrangiger Faktor zur Ansiedlung von Unternehmen ist. Für Unternehmen wichtigere oder gleichwertige Kriterien sind Marktchancen, Arbeitskräftepotenziale, Wohnraum, Verkehrsanbindung (ÖPNV), technische Infrastruktur (Breitbandausbau), aber auch weiche Standortfaktoren für Fachkräfte, wie bspw. das Angebot an Kindertagesstätten und Schulen, Kulturangebot etc.) und auch Leistungsfähigkeit der Verwaltungsstruktur¹. Also alles Bereiche, die wir durch Investitionen in ein attraktives und lebenswertes Karlsruhe ausbauen wollen.

Unterzeichnet von:

Lukas Bimmerle
Karin Binder
Mathilde Göttel